

Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik

Für einen leistungsstarken Industriestandort Deutschland in Europa

Deutschland und Europa müssen dem Klimaschutz und dem Umbau der Energieinfrastruktur einen hohen Stellenwert einräumen. Hierfür sind verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Deutschland muss raus aus der nationalen Isolation und eine wettbewerbsfähige Energieunion vorantreiben. Stattdessen werden eine staatliche Investitionslenkung sowie Unwirtschaftlichkeit weiter zementiert. Trotz wichtiger Reformen wird im Transformationsprozess der Energiewende der Wettbewerb weiter ausgehebelt. Um die Wettbewerbsfähigkeit und die Investitionsbereitschaft der Industrie und Energiewirtschaft wieder zu stärken, **fordert der Wirtschaftsrat der CDU e.V. eine Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik.**

➤ **Klimapolitik neu aufstellen!**

Obwohl knapp 90 % der globalen CO₂-Emissionen außerhalb Europas getätigt werden, geht das deutsche Anspruchsniveau in der Klimapolitik nicht nur über die internationalen, sondern auch über die europäischen Vorgaben hinaus. Es mangelt an marktwirtschaftlichen Regeln, die eine CO₂-Einsparung zu deutlich günstigeren Kosten und Innovation fördern würden. Schleichende Desinvestition und Deindustrialisierung werden befeuert, weil Energie- und CO₂-Kosten andernorts in Europa und der Welt deutlich geringer sind. Das nationale Klimaziel von 40 Prozent ist durch den Ausstieg aus der Kernenergie nicht zu halten. Eine Kurskorrektur und Europäisierung der Klimapolitik ist überfällig. **Wir fordern:**

- **Ein klimapolitisches Kernziel für mehr Stringenz setzen!** Statt einer Verkopplung von energie- und klimapolitischen Zielen, die zu Mehrfachbelastungen und Intransparenz führen, muss die Klimapolitik auf das politische Kernziel der CO₂-Reduktion zu den geringstmöglichen Kosten fokussiert werden. Technologiefreundliche Pauschalverbote werden abgelehnt.
- **Nationale Ziele mittels Klimaschutz-Korridor flexibilisieren!** Um konjunkturelle Schwankungen und den verminderten CO₂-Ausstoß durch den Kernenergieausstieg zu berücksichtigen, sollte ein realistischer Zielkorridor von 35 bis 40 % etabliert werden. Es dürfen keine nationalen Ziele gesetzt werden, die bereits vom EU-Emissionshandel adressiert werden.
- **EU-Emissionshandel zum Leitinstrument der Klimapolitik entwickeln!** Investitionen in die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien müssen langfristig durch den Emissionshandel ausgelöst und der Flickenteppich verschiedener Subventionsregime abgelöst werden. Marktwidrige Eingriffe in den Emissionshandel sind abzulehnen.
- **Internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten!** Ein rechtlich verbindliches, internationales Klimaschutzabkommen hat Vorrang vor allen nationalen Zielsetzungen. Die internationalen Klimaverhandlungen in Paris müssen zum Erfolg gebracht werden, um die größten CO₂-Verursacher in ein Abkommen mit vergleichbaren Belastungsniveaus einzubinden. Ohne ein globales Klimaabkommen müssen die Ziele in Deutschland und Europa angepasst werden.

➤ **Strommarkt wiederbeleben!**

Der energiepolitische Zickzackkurs der letzten Jahre hat zu erheblicher Verunsicherung geführt. Damit Unternehmen wieder bereit sind, neue Investitionen zu tätigen, müssen künstliche Verzerrungen abgebaut und verlässliche Rahmenbedingungen an die Stelle von staatlichen Interventionen treten. Solange Erneuerbare keine Systemverantwortung übernehmen und sich nicht am Markt orientieren, muss über Kapazitätsmechanismen nachgedacht werden. Die Debatte zum Grünbuch sollte daher ein Startschuss sein, um den Strommarkt wiederzubeleben und die erneuerbaren Energien mit den gleichen Rechten und Pflichten wie alle Marktteilnehmer auszustatten. **Wir fordern:**

- **Strommarkt wiederbeleben und „Sowieso-Maßnahmen“ zügig umsetzen!** Den Energy-Only-Markt (EOM) mit der Verbesserung der Bilanzkreisbewirtschaftung und der Weiterentwicklung der Regelleistungsmärkte wiederbeleben. Der Bezugsrahmen der Energiepolitik muss Europa sein. Die im Grünbuch vorgeschlagenen Maßnahmen müssen bis Mitte 2015 umgesetzt werden.
- **Aufholjagd beim Ausbau der Stromnetze starten:** Der Netzausbau auf allen Spannungsebenen und der Ausbau der Grenzkuppelstellen bleibt unabdingbar und ist volkswirtschaftlich gesehen weder durch Speicher noch durch Kraftwerke zu ersetzen. Die Bundesländer müssen sich an den Bundesbedarfsplan halten. Für EnLAG-Leitungen sollten die Länder ehrgeizige Selbstverpflichtungen auferlegen und den Personalnotstand zur Bearbeitung der Trassen auflösen.
- **Marktintegration der erneuerbaren Energien beschleunigen!** Die Förderungen für Erneuerbare müssen zeitnah vollständig auslaufen. Es gilt bis dahin, die verpflichtende Direktvermarktung weiterhin für alle Anlagengrößen umzusetzen, die Ausfallvermarktung zu streichen und das alte EEG bis spätestens Mitte 2016 in ein Ausschreibungsmodell mit fixer Prämie zu überführen.
- **Mit Systemreserve Versorgung absichern und Innovationen anreizen!** Um eine Gefährdung der Versorgung und einen Strukturbruch auszuschließen, ohne den EOM zu schwächen, soll eine Systemreserve die Übergangszeit bis Mitte der 2020er Jahre absichern und zugleich Anreize für Flexibilitäten schaffen. Die Systemreserve sollte schnellstmöglich bundesweit eingeführt werden und zusammen mit dem Netzausbau die marktferne Reservekraftwerksverordnung ablösen.
- **Leitlinien für Kapazitätsmechanismen in Kerneuropa erstellen!** Mindestens Deutschland, Frankreich, Niederlande, Luxemburg, Belgien, Schweiz und Österreich sollten gemeinsame Strukturen zur Stärkung der Versorgungssicherheit und zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Handels schaffen. Ein gemeinsamer Kapazitätsmechanismus muss zwingend diskriminierungsfrei sowie technologie- und energieträgeroffen angelegt werden.

➤ **Energieeffizienzmärkte schaffen!**

Massive Anstrengungen bei der Energieeffizienz in Verkehr, Industrie und Immobilien sind Grundvoraussetzung für den Erfolg der Energiewende. Damit Energieeffizienzpolitik selbst effizient ist, muss sie marktgetrieben sein. Bei der dringend notwendigen Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz muss der Fokus auf einer bundesweit einheitlichen, wirtschaftlichen, technologieoffenen und diskriminierungsfreien Energieeffizienzpolitik liegen. **Wir fordern:**

- **Steuerliche Förderung der Gebäudesanierung umsetzen!** Die Bundesländer müssen ihre Blockade beenden und die steuerliche Förderung einführen. Um bei der Umsetzung neue Investitionen statt nur Mitnahmeeffekte auszulösen, sollte der komplette Förderbetrag von einmalig zehn Prozent von der Steuerschuld abziehbar sein. Mindestens muss der Zeitraum auf fünf Jahre halbiert und der Abzug degressiv ausgestaltet werden.
- **Effizienzpotenziale sektorübergreifend heben!** Um Potenziale in der Industrie zu heben, sollten „Bürgerschaftsmodelle“ geprüft und Leuchtturm-Projekte für Ausschreibungen umgesetzt werden. Die Sanierungsrate bei öffentlichen Gebäuden sollte durch Public-Private-Partnerships beschleunigt werden. Gleichzeitig gilt es, die Umwandlungseffizienz stärker in den Fokus zu nehmen und das KWK-Ziel zu überprüfen.
- **Qualitäts- und Informationsoffensive starten!** Verlorenes Vertrauen durch ein Berufsbild „Energieberater“ zurückgewinnen und zielgruppengerechte Beratung für Industrie und Gebäude in den Vordergrund zu stellen. Verbrauchsetiketten für Bestandsanlagen zügig umsetzen und als Türöffner für Energieberatung und Folgeinvestitionen nutzen.
- **Verlässlichen Rahmen für Energieeffizienz schaffen und regulatorische Hemmnisse abbauen!** Einen bundesweit einheitlichen Rechtsrahmen etablieren statt 16 unterschiedlicher Lösungen. Wärmegesetz und Energieeinsparverordnung sollten zusammengelegt werden. Förderprogramme müssen insgesamt vereinfacht und verständlicher ausgestaltet werden.